

CHECK.punkt

AKTUELLES AUS DER PALÄSTINENSISCHEN PRESSE

04.04.-07.05.2010

INDIREKTE VERHAND- LUNGEN

Es ging lange hin und her: Seit mit dem Amtsantritt der Regierung Netanjahu die Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO ausgesetzt wurden, bemüht sich die Internationale Gemeinschaft, den Stillstand zu überwinden. Die Palästinenserführung weigerte sich beharrlich, ohne die Erfüllung ihrer Mindestvorbedingungen Verhandlungen aufzunehmen. Ebenso beharrlich weigerte sich die israelische Regierung, den internationalen Forderungen nachzugeben. Eine erste Einigung, unter massivem Druck der US-Gesandten Mitchell und Biden zustande gekommen, wurde Anfang März durch die israelische Ankündigung, 1,600 neue Wohneinheiten in Ost-Jerusalem zu bauen, zunichte gemacht. Nun aber scheint ein Durchbruch erreicht: Indirekte Verhandlungen unter US-Vermittlung sollen aufgenommen werden.

FÜR NETANJAHU SIND INDIREKTE
VERHANDLUNGEN DIE BESTE OPTI-
ON

von Hani Al-Masri, Al-Ayyam, 02.05.2010

Noch bevor es von offizieller Seite verkündet worden war, hatte Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas seine Bereitschaft zu indirekten Verhandlungen in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen erklärt. Wieder einmal hatte man sich auf arabischer Seite für die Politik des Wartens entschieden. Diese Verspätung hatte zur

Folge, dass die vom Sonderbeauftragten George Mitchell eingebrachten Vorschläge fast einem Diktat gleichkamen, so die Auffassung auf arabischer Seite. Nicht jedoch zum Nachteil der Palästinenser: Barack Obama soll den Palästinensern zum Beispiel versprochen haben, politische Schritte gegen Israel einzuleiten für den Fall, dass die Regierung Netanyahu den Weg der Verhandlungen erschweren oder gar verhindern sollte. Sogar auf dem US-amerikanischen Veto-Recht im UN Sicherheitsrat solle sich Israel nicht mehr ausruhen können, heißt es weiterhin von palästinensischer Seite.

Die US-Administration hat diese Behauptungen dementiert. Dennoch denke ich, dass Obama die israelischen Provokationen im Rahmen seiner Möglichkeiten verurteilen wird. Was bedeutet das aber konkret? Ist nicht der Bau von rund 100 neuen Siedlungseinheiten Provokation genug?

Nach neun Anläufen Mitchells und knapp sechzehnmonatiger Ablehnung von palästinensischer Seite sollen die indirekten Verhandlungen nun erneut geführt werden. Von einem palästinensischen Konsens, geschweige denn von einem einheitlichen Konzept oder Plan, gar einer Zielvorstellung, kann nicht ausgegangen werden. Mit der jetzigen israelischen Regierung ist kein Frieden möglich, am wenigsten, solange Netanjahu den Siedlungsbau fortsetzen lässt.

Aber auch die Palästinenser dürfen sich nicht allzu sehr auf diesem Unwillen der israelischen Regierung ausruhen. Vielmehr müssen sie auf internationaler Ebene politisch kommunizieren, dass die Besatzung mehr Nachteile mit sich bringt als sie jemals Nutzen stiften wird.

BRINGEN DIE VERHANDLUNGEN DEN
PALÄSTINENSERN IHRE RECHTE?

von Oraib Rantawi, The Palestinian Information Center, 02.05.2010

CHECK.punkt

Noch bevor es von arabischer Seite verlautbart wurde, verbreitete niemand anderes als US-Außenministerin Hillary Clinton die erfreuliche Nachricht, man werde die indirekten Verhandlungen im Nahen Osten wieder aufnehmen. Was diese Wiederaufnahme im Sinne eines Entgegenkommens zu Gunsten der Palästinenser bedeutet, weiß keiner so wirklich. Denn kann man wirklich davon ausgehen, dass sich am US-amerikanischen Bekenntnis zu Israel etwas ändern wird? Unter welchen Bedingungen würden sich die USA im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zuungunsten der israelischen Position aussprechen?

Sobald sich die US-Regierung darüber bewusst wurde, dass die arabischen Entscheidungsträger zu Zugeständnissen bereit sind, eilte George Mitchell in die Region. Besonders für Netanjahu ist die Wiederaufnahme der Gespräche die beste Option. Während die ganze Welt ihre Aufmerksamkeit auf die Gespräche richtet, sind schon die nächsten militärischen Übergriffe auf palästinensische Dörfer und Städte geplant. Grund genug um die Gespräche abubrechen ist das jedoch nicht. Auch dieses Mal können wir darauf gespannt sein, ob sich ein arabischer Entscheidungsträger dazu äußern wird.

DER LAUF IM HAMSTERRAD

von Abdelbari Atwan, Al-Quds,
04.05.2010

George Mitchell hat die neue Verhandlungsrunde im Nahen Osten eröffnet. Die minimalen Erfolgchancen im Blick fragen sich alle Parteien, welchen Mehrwert die Gespräche haben. Welche Rolle spielen die Interessen der USA? Die USA wollen ihre Führungsposition behalten und jedes nur mögliche Machtvakuum in ihrem Interesse einnehmen - sicherheitshalber. Von arabischer Seite wurden die Gesprächsbemühungen fast widerspruchslos angenom-

men. Warum? Man habe positive Signale von US-amerikanischer Seite erhalten – mündlich, hieß es von offizieller Seite. Doch wer sich an die Zugeständnisse zu Zeiten Bushs und Sharons zurückerinnert, der merkt schnell, dass sich die amerikanischen „Garantien“ für die Palästinenser als bedeutungslos erwiesen haben.

Und auch der Generalsekretär der Arabischen Liga, der sich im Ernstfall an die Vereinten Nationen wenden will, hat wohl vergessen, dass die Palästinafrage seit über 60 Jahren und mehr als 65 Resolutionen auf den Tischen der Delegierten befindet. Was also würde eine weitere Resolution aus dem Sicherheitsrat bringen? Der Lauf im Hamsterrad geht weiter.

Fakt ist, dass die israelische Regierung das Land schrittweise enteignet. Sollen doch die Palästinenser am Ende ihren Staat haben. Das ist der israelischen Regierung solange egal, wie der Staat unter israelischer Kontrolle ist.

Den arabischen Staaten einen Herzlichen Glückwunsch! Denn mit ihrer Einstellung haben sie den Weg für israelische Offensiven im Südlibanon und im Gazastreifen frei gemacht!

JERUSALEM COLONIZATION, WESTERN APATHY

von Ahmed Yousef, Stellvertretender Außenminister der Hamas-Regierung im Gazastreifen und ehemaliger politischer Berater von Hamas-Premierminister Hanijeh, Maan News Agency, 27.04.2010

The Israelis are instigating a Jewish holy war staged in Jerusalem. They are playing a superb game of propaganda painting the Palestinians as the real fundamentalists, despite that the Knesset has more active right-wing political parties than any state in the civilized world. It's a strategy that has caught the West by surprise as they continue to react with template dis-

CHECK.punkt

appointment.

Israeli governments have supported colonization for decades; yet Benjamin Netanyahu's recent moves have all but dispelled the façade of a secular rationale. Unfettered, expedited settlement construction in Jerusalem, with images of soldiers traipsing through Islam's third holiest site in army fatigues, mark a new low for the Israelis.

Since the 1960s, the religious colonial movement has concentrated itself around Jerusalem. It operates with negligible restraint, occupying not only fields and plots but even people's homes, most recently in late 2009. In fact, official statistics indicate 2,000 homes have been pulled down with government support since 1967 while 15,000 "unauthorized" homes (without Israeli permits) await demolition.

The reality, then, is that the current Israeli government has no intention of seeking peace, but instead pays lip service to the ideals of equity while on the ground using any means necessary to render the Palestinians inconsequential, or at least attempt to do so.

Western governments are complicit in this strategy. Although we have witnessed numerous ministers, congressmen, mayors, governors, and a slew of other officials criticize both Palestinian and Israeli actions, these individuals are rarely decision-makers of policy. In fact, even high-ranking officials seem averse to take on Israeli plans, perhaps for fear of committing political suicide if they attempt to do so. If action does not bolster words of principle, appeasement of the Israelis will result in what Jewish and Christian evangelical fundamentalists hope for – precursor battles to Armageddon.

Unless America and Europe muster the courage to act in the interests of justice and international law, holy war will take on a whole new meaning.

ISRAEL FLEHT UM DIE RAKETEN DER HAMAS, UM SICH VON OBAMAS FORDERUNGEN ABZUWENDEN

von Dr. Khaled Al-Haroub, Al-Quds, 04.04.2010

Die letzten israelischen Luftangriffe auf den Gazastreifen sowie die allgemeinen Provokationen verfolgen einen einzigen Zweck: Israel möchte die Raketen der Hamas auf seine Grenzdörfer fallen sehen, um seiner Politik damit eine Rechtfertigung zu liefern. Es ist durchaus lobenswert, dass die palästinensische Bevölkerung auf diese Provokationen keine Reaktionen gezeigt hat. Hat sich etwa das Bewusstsein der Palästinenser gewandelt?

Israel braucht unbedingt einen neuen gerechtfertigten Krieg: wenn nicht gegen die Hamas im Süden, dann gegen die Hizbollah im Norden. Denn nur dadurch kann der internationale Druck auf Israel verringert werden. Außerdem wird sogar von offizieller US-amerikanischer Seite verkündet, dass es von nationalem Interesse sein könnte, die israelische Besatzung zu beenden und die Gründung eines palästinensischen Staates voranzutreiben.

Diese neue Ansicht hängt mit den Regierungswechseln in Israel und den USA zusammen. Im Gegensatz zum Beraterkreis des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush, steht die US-Regierung unter Barack Obama dem großzügigen Handlungsspielraum der rechtskonservativen Regierung Israels relativ skeptisch gegenüber. Denn Obama hat gemerkt, dass die Last der israelischen Besatzung auch seine nationalen Interessen beeinflusst.

Das letzte Treffen zwischen Obama und Netanyahu hat Israel vor die Frage gestellt: entweder gibt die israelische Regierung nach, was ihr Ende bedeuten könnte, oder sie lehnt die Forderungen ab, was wiederum den internationalen Druck er-

CHECK.punkt

höhen würde. Damit steht Israel vor einer schweren Entscheidung.

Daher geht diese wichtige Botschaft an die Bewohner des Gaza-Streifens und die Anhänger der Hamas: Lasst Euch nicht auf die israelischen Provokationen ein. Und verlasst Euch nicht allein auf die leeren Versprechungen der arabischen Länder. Nur der Druck der westlichen Regierungen kann zu einer Lösung führen.

WAHLEN IN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

CAN THERE BE FREE ELECTIONS UNDER FATAH?

Khalid Amayreh, Palestine Think Tank, 08.04.2010

Fatah officials and apologists argue that elections represent the only exit from the present political deadlock in the Palestinian arena, including the enduring rift between Fatah and the Islamic movement, Hamas. However, in the absence of real guarantees for truly free elections, the raucous blather about elections by Fatah, or any other Palestinian group, remains an expression of deception and hypocrisy.

Today, the PA regime in the West Bank is more or less a police state apparatus. Human rights and civil liberties are virtually non-existent as the PA security agencies exercise absolute control over all aspects of life.

Basic rights for Palestinians, however, are also subsumed by the government's rubric of security coordination with Israel. The most obvious evidence of this collaboration is the number of Palestinians arrested by Israel who are rearrested upon his or her release by the Palestinian Authority security agencies, and vice versa.

In recent weeks, student elections have ta-

ken place on several campuses in the West Bank. In many cases, however, hundreds of Islamic-oriented students were rounded up and warned against participation in the elections in the days leading up to a vote. The message was too clear: If you participate in the elections, you will be arrested twice: First by the PA and then by the Israelis. Under these conditions, how can free and fair elections can be carried out? Well, the answer is clear: No true elections worthy of the name can be conducted under existing conditions in the West Bank where the Fatah-run government views an important part of citizenry as enemies. Allowing elections, whether local or general, to take place under the current police-state atmosphere would be a serious insult to the Palestinian people's intelligence. It would be more dignifying and wise to boycott such dishonorable elections as taking part in these elections would probably exacerbate the already volatile atmosphere and might lead to the outbreak of violence.

QUELLEN

Al-Ayyam, Ramallah
Tageszeitung, der Fatah nahe stehend
www.al-ayyam.com

Al-Hayat Al-Jadida, Ramallah
Tageszeitung, Sprachrohr der Palestinian Authority (PA)
www.alhayat-j.com

Al-Quds, Jerusalem
Tageszeitung, unabhängig und liberal
www.alquds.com

Maan News Agency, Bethlehem
Internetzeitung, unabhängig und liberal
www.maannews.net

CHECK.punkt

Al-Nahar News, Beirut
Internetzeitung, liberal
www.alnaharnews.net

Palestine Information Center, Gaza
Internetseite, der Hamas nahe stehend
www.palestine-info.co.uk/en/

Zusammengestellt von Dr. Usama Antar,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Gaza